



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

Humanistische Union

Landesverband Berlin-Brandenburg
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN
Fon: 030 - 4692-140
Fax: 030 - 4692-166
anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd.berlin

Ihre Wahlprüfsteine zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Fragen anlässlich der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten Ihnen einen Überblick über die Maßnahmen und Forderungen der Berliner SPD im Bereich der inneren Sicherheit.

Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter: https://spd.berlin/media/2021/05/SPD-Berlin_Landeswahlprogramm.pdf

Inhalt

1. Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren.....	3
2. Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt	4
3. NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz	6
4. Verfassungsschutz	8
5. Videoüberwachung/Gesichtserkennung.....	9
6. Strafvollzug	9
7. Obdachlosigkeit	10
8. Freiwilliges Engagement.....	10
9. Demokratie und demokratische Verfahren	11

1. Coronavirus-Pandemie: Bürgerrechte, Prävention und Viren

Experten sind sich einig, dass es in den nächsten Jahren weitere globale Pandemien geben wird. Deshalb muss Berlin sich auf weitere pandemische Lagen vorbereiten. Was sind aus Ihrer Sicht die fünf dringlichsten Maßnahmen, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein?

Die Corona-Pandemie hat nicht nur die Verwundbarkeit unseres Gesundheitssystems offengelegt, sondern auch den dringenden Handlungsbedarf bei der Digitalisierung und der Modernisierung von Katastrophenschutzstrukturen und Pandemieschutzplänen aufgezeigt. An diesen Handlungsfeldern anzusetzen wird eine unserer zentralen Aufgaben in den kommenden Jahren sein, um künftige Pandemien effektiv und befähigt bekämpfen zu können. Deshalb tritt die Berliner SPD für folgende Maßnahmen ein:

- **Infektionsschutz durch effiziente Gesundheitsdienste stärken.** Die Pandemie hat gezeigt: Der öffentliche Gesundheitsdienst braucht bessere Rahmenbedingungen, eine bessere Ausstattung, auch mit Blick auf die digitale Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software, und eine konkurrenzfähige Vergütung. Dafür werden wir das bundesweit beispielgebende **Berliner Mustergesundheitsamt** weiterentwickeln. Zur Umsetzung dessen wird der Personalaufbau fortgesetzt. Mit dem begonnenen IT-Zukunftsprojekt werden die Gesundheitsämter konsequent digitalisiert. In einem bundesweiten Pandemiefall ist landesweit abgestimmtes Handeln der Gesundheitsdienste notwendig. Hierfür werden wir steuernde Strukturen mit mehr Kompetenzen auf Landesebene schaffen. Auf Bundesebene haben wir uns erfolgreich für den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ eingesetzt und werden dafür sorgen, dass dieser schnell und effektiv umgesetzt wird.
- **Das Gesundheitssystem leistungs- und zukunftsfähig ausbauen.** Das Berliner Gesundheitssystem ist robust. Wir müssen weiterhin alles tun, damit es nicht an seine Grenzen stößt. Hierfür sind **Krankenhausinvestitionen** unerlässlich. Deshalb werden wir die eingeleitete Trendwende in der Krankenhausfinanzierung fortführen. Wir werden die kommunalen Krankenhäuser Charité und Vivantes als wichtige Säule der Krankenhausversorgung in der Metropolregion ausbauen und dabei insbesondere die Notfallversorgung im Blick haben. Wir wollen die „**Klinikoffensive**“ in einem 10-Jahres-Programm in der kommenden Wahlperiode fortsetzen. Getragen wird das Berliner Gesundheitssystem von den vielen Pflegekräften und Beschäftigten anderer Gesundheitsberufe. Wir wollen ihnen bessere Beschäftigungsbedingungen gewährleisten. In den landeseigenen Krankenhäusern streben wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von Vergütungen nach den Tarifverträgen des Landes oder des öffentlichen Dienstes an.
- **Den medizinischen Forschungs- und Unternehmensstandort Berlin stärken.** Dass die gezielte Förderung medizinischer Innovationen erfolgreich sein kann, hat das Beispiel BioNtech gezeigt. Es zeigte auch, dass eine aktive Rolle der Politik in der Förderung und Gestaltung der Gesundheitswirtschaft lebenswichtig ist. Wir wollen ein System, das in Krisensituationen die Produktion, Bereithaltung und Verteilung von notwendiger Arznei und Medizinprodukten sicherstellt. Die Berliner SPD wird deshalb Wissenschaft in der Medizin und Pflege stärken. Sowohl universitäre als auch außeruniversitäre Einrichtungen werden gemeinsam mit stationären und ambulanten Versorgungsbereichen und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst in einer **Allianz „Versorgungsforschung und Translation“** zusammengebracht. Die aktuellen Herausforderungen der Versorgung werden aus der Praxis heraus identifiziert und in Forschungsaufträge eingespeist. Wissenschaftlicher Fortschritt muss in Form von neuen

Diagnose- und Therapieformen in der breiten Versorgungspraxis ankommen, insbesondere in den landeseigenen Krankenhäusern Vivantes und Charité. Darüber hinaus wollen wir Berlin als Standort bedeutender Unternehmen der pharmazeutischen Industrie weiter stärken, doch auch Lösungen kleinerer Unternehmen und Start-ups leisten einen wichtigen Beitrag am Gesundheitsstandort Berlin.

- **Die Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen vorantreiben.** Die Pandemie hat ein Schlaglicht auf die Bedeutung digitaler Gesundheits-, Bildungs- und Verwaltungsinfrastrukturen geworfen. So waren es vor allem digitale Lösungen, die maßgeblich zum Infektionsschutz beigetragen haben. Um zukünftige (Gesundheits-)Krisen bekämpfen zu können, wollen wir Berlin als Smart City voranbringen und Modelllösungen für alle Bereiche der Gesellschaft von der Schule über die Verwaltung bis hin zum Gesundheitswesen entwickeln. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz zur Verbesserung epidemiologischer Prognosen und für eine umfassende Gesundheitsversorgung noch gezielter nutzen.
- **Katastrophenschutz und Krisenmanagement effizient modernisieren.** Die Auswirkungen des Klimawandels, Terrorgefahr, Pan- oder Epidemien und gesundheitliche Gefahren sowie Ausfälle zentraler Infrastruktur können schnell zu außergewöhnlichen Großschadenereignissen werden. Um daraus resultierende Krisen erfolgreich zu bewältigen, benötigen wir eine widerstandsfähige Stadt. Staat und Betreiber kritischer Infrastrukturen müssen sich auf Mindeststandards zum Katastrophenschutz verständigen. Als Grundlage hierfür soll eine Risikoanalyse für das Land Berlin erstellt werden.

2. Berlin, die sichere und lebenswerte Stadt

Eine funktionierende Polizei und Justiz sind für die Durchsetzung von Regeln und die Bekämpfung von Verbrechen wichtig. Oft wird Verbrechensbekämpfung als eine rein polizeiliche Aufgabe gesehen. Dabei wies Franz von Liszt (1851-1919) schon vor über hundert Jahren auf einen anderen Zusammenhang hin: „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik.“ Ausgehend von einem so umfassenden Blick auf Kriminalität, Prävention und die Verhinderung von Verbrechen möchten wir von Ihnen wissen, was aus ihrer Sicht die fünf wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Kriminalität sind.

Berlin in Sicherheit – Mit diesem Anspruch einer sicheren Metropole für alle ziehen wir als Berliner SPD in den Wahlkampf. Denn es ist Aufgabe eines handlungsfähigen Staates, allen Berliner:innen ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten – dazu gehören neben dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität auch die Sicherung des sozialen Friedens und der Schutz vor sozialem Abstieg, Ausgrenzung und Prekarität. Denn die sozialräumliche Polarisierung in der Stadt, insbesondere in Bezug auf Armut und Chancen, steht in einem Zusammenhang mit ungleicher Verteilung von Gewalt und Kriminalität. Sozial benachteiligte Quartiere sind stärker von sozialer Desintegration, sozialen Spannungen und situativen Gelegenheiten für Gewalt und Kriminalität betroffen. Dies bedeutet auch, dass Gewalt und Kriminalität räumlich ungleich in Berlin verteilt sind. Unser Ziel ist ein strategisch koordiniertes Handeln, dass sowohl auf Opferschutz und Prävention als auch auf die Reduktion tatbegünstigender Faktoren abzielt. Dies wird durch aktive Gestaltung von Wachstum und Vielfalt der Stadt und Aufhebung von sozialer Polarisierung ermöglicht. Deshalb treten wir in unserem Landeswahlprogramm dafür ein, innere und soziale Sicherheit zusammenzudenken und Sicherheitspolitik auch entlang sozialpolitischer Aspekte zu gestalten. Gleichwohl steht die Berliner SPD für eine Kultur des Hinsehens, die die Ursachen von Kriminalität in den Blick nimmt und Straffälligkeit vorbeugt. Dazu gehören zum Beispiel **Kinder- und Jugendbezogene Armutsprävention,**

Präventionsarbeit an Schulen, der **personelle und finanzielle Ausbau der Sozialen Arbeit und Angebote der Straffälligenhilfe**. Wir wollen zudem stärker auf **städtebauliche Kriminalprävention** setzen: Bei der Neu- und Umgestaltung öffentlicher Plätze, von Grünanlagen oder Bahnhofseingängen müssen dunkle Ecken und Angsträume vermieden oder beseitigt werden, beispielsweise durch bessere Beleuchtung oder bauliche Einsehbarkeit. Mit **kiezorientierten Maßnahmen** in den Nachbarschaften werden wir helfen Konflikte gewaltfrei zu lösen und das Sicherheitsempfinden vor Ort zu stärken. Besonders wichtig bleibt der Bereich der **Bekämpfung der Jugendkriminalität**. Berlin hat hier eine positive Entwicklung mit sinkenden Straftaten gemacht. Mit entsprechenden Präventionsprogrammen müssen wir aber weiter Jugendliche von kriminellem Handeln abhalten und ihnen eine gesellschaftliche Perspektive aufzeigen. Die SPD wird zudem ein **Landespräventionsgesetz** auf den Weg bringen, um eine Bündelung der Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt, Gewalt auf Straßen, Plätzen, in den Parks sowie dem öffentlichen Nahverkehr und Gewalt im Internet sicherzustellen. Wir stärken unsere **bezirklichen Präventionsräte** und unser **Landeskonzept „Berlin gegen Gewalt“**.

Klar ist aber auch, dass dort, wo Präventionsarbeit, Ausstiegs- und Rehabilitationsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, der Rechtsstaat konsequent durchgreifen und rechtsfreien Räumen entgegenwirken muss. Dabei stehen für uns folgende Maßnahmen im Vordergrund:

- Eine **konsequente Strafverfolgung**, die zeitnah nach der Tat zur Anklage und zur Verurteilung führt. Es ist nicht akzeptabel, dass Gerichtsverfahren aufgrund mangelhafter Personalplanung und -ausstattung und fehlender Räume/IT-Ausstattung Jahre brauchen und Strafverfahren im Sande verlaufen.
- Zusätzliche **Schwerpunktstaatsanwaltschaften für kriminalitätsbelastete Orte**, die täterorientiert eng mit dem Berliner Landeskriminalamt und den Strafgerichten zusammenarbeiten.
- Eine **Hauptstadt-Polizei**, die sichtbar und direkt ansprechbar für die Bürger:innen ist. Zur Erhöhung der Sicherheit wurden im Stadtgebiet fünf **mobile Wachen** eingeführt und verstetigt. Besondere Polizeiwachen wie die Alex-Wache oder **mobile Wachen** werden wir ausbauen. Das neue Konzept der **Kontaktbereichsbeamten:innen**, KOB100, wird ausgeweitet. Die **Fahrradstreifen** werden wir weiter in allen Bezirken verstärken.
- Die Delikte der Organisierten Kriminalität in Berlin reichen von Mord und Raub über Wirtschaftskriminalität, Steuervergehen, Schutzgelderpressung bis zu organisiertem Drogen- und Waffenhandel, Menschenhandel und Zwangsprostitution. Deshalb setzen wir mit dem Berliner **5-Punkte-Plan** auf behördenübergreifendes Zuschlagen: durch Verbundeinsätze von Polizei, Ordnungsamt, Zoll, Finanzamt, Gewerbeaufsicht und Lebensmittelkontrolle wird der Kontrolldruck spürbar erhöht. Diesen bewährten Kurs werden wir fortsetzen.
- Die Vollstreckung strafvollzugsrechtlicher Maßnahmen erfordert einen **modernen und effektiven Strafvollzug**, der konsequent und nachhaltig auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichtet ist. Intensivtäter:innen werden wir im geschlossenen Vollzug belassen, um die Sicherheit der Berliner:innen zu gewährleisten. Ein offener Vollzug ab Beginn der Haftzeit soll nur zugelassen werden, wenn sich Täter:innen freiwillig zum Strafantritt stellen und eine positive Sozialprognose gestellt wird. Eine vorzeitige Entlassung von Straftäter:innen darf nur erfolgen, wenn es unter Abwägung der Risiken vertretbar ist.

3. NSU, Reichsbürger und der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz

Extremismus und Terrorismus werden auch in den nächsten Jahren eine Bedrohung für unser friedliches Zusammenleben sein. Der bislang einzige islamistische Anschlag erfolgte in Berlin. In ganz Deutschland gab und gibt es ausländerfeindliche und antisemitische Anschläge. Rechtsextremisten und Reichsbürger verüben Anschläge und bringen dabei auch Polizisten und Politiker um.

a) Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz?

Nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz 2016 hat die SPD Berlin dafür gesorgt, dass ein breit angelegtes **Sicherheitspaket** durch den Senat auf den Weg gebracht wurde und dass die Berliner Sicherheitsbehörden personell verstärkt und organisatorisch neu aufgestellt wurden. So haben wir die Sicherheitsbehörden mit erheblichem Stellenaufwuchs ausgestattet und die Observationsabteilungen seit 2017 mit 59 zusätzlichen Stellen verstärkt, damit Observierungsmaßnahmen terroristischer Gefährder künftig nicht aus Personalmangel eingestellt werden müssen. Mit der **Novelle des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ASOG)** in Berlin haben wir ein modernes Polizeigesetz vorgelegt. Es zieht die Lehren aus den Terroranschlägen der letzten Jahre und verbessert die Terrorismusbekämpfung deutlich. Auch die personelle und organisatorische Stärkung des Staatsschutzes wird mit der SPD weiter fortgeführt.

Der Untersuchungsausschuss offenbarte außerdem Defizite bei der Behördenzusammenarbeit und dem länderübergreifenden Daten- und Informationstransfer zwischen den unterschiedlichen Sicherheitsbehörden. Die Einrichtung eines **Anti-Terror-Zentrums** wird Kräfte bündeln und die Arbeit effektiver machen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass zwischen der Berliner Verfassungsschutzbehörde und dem Bundesamt für Verfassungsschutz eine „**Arbeitsgemeinschaft Sicherheitslage in der Hauptstadt**“ eingerichtet wird. In der Arbeitsgemeinschaft sollen politisch motivierte Bedrohungen aller Phänomenbereiche von den Sicherheitsexpert:innen vor Ort gemeinsam bewertet und die erforderlichen Maßnahmen abgestimmt werden. Eine weitere Erkenntnis aus dem Fall Amri war, dass er im Vorfeld des Anschlags in der inzwischen verbotenen Berliner Fussilet-Moschee verkehrte. Auch hier steht die Berliner SPD für ein konsequentes Durchgreifen **gegen dschihadistische und verfassungsfeindliche Moscheevereine**: Dort wo Religionsfreiheit missbraucht wird und in religiösen Fanatismus, Hasspredigt und Gewaltverherrlichung umschlägt, müssen staatliche Sicherheitsbehörden konsequent eingreifen. Wir unterstützen deshalb die Verbote von Vereinen, auch Moscheevereinen, die unsere Demokratie und unser Grundgesetz ablehnen. Gegenüber Menschen aus dem Ausland, die nach Berlin kommen und hier mit demokratiefeindlichen oder antisemitischen Inhalten öffentlich auftreten wollen, werden politische Betätigungsverbote ausgesprochen.

Klar ist aber auch, dass wir im Kampf gegen den islamistischen Terror auch auf **Deradikalisierungs- und Aussteiger:innenprogramme** setzen und die Prävention stärken. Sie müssen finanziell so ausgestattet sein, dass Planungssicherheit für die meist langfristig angelegte Arbeit besteht. Das gleiche gilt für Anti-Gewalt und Anti-Konflikt-Trainings an Berliner Schulen für Lehrende und Schüler:innen.

b) Welche Maßnahmen halten Sie im Kampf gegen Links-, Rechts- und islamistischen Terrorismus für besonders wichtig? Nennen Sie bitte die für jeden Phänomenbereich drei wichtigsten Maßnahmen.

Die Berliner SPD steht für die konsequente Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität, egal ob sie von rechts oder von links kommt oder islamistisch geprägt ist.

Rechtsterrorismus ist nach wie vor die größte Gefahr für die Sicherheit in Deutschland und Berlin. Den Kampf gegen den rechtsextremistischen Terror setzen wir deshalb konsequent fort:

- **Konsequentes und koordiniertes Vorgehen der Sicherheitsbehörden.** Im Kampf gegen den rechten Terror brauchen wir ein konsequentes und koordiniertes Vorgehen. Deshalb haben wir das **Gemeinsame Informations- und Bewertungszentrum Rechtsextremismus (GIBZ)** eingerichtet, dessen Arbeit wir in der nächsten Legislaturperiode weiter stärken wollen. Das GIBZ dient der Analyse und Abwehr rechtsextremistischer Gewalt, der Koordinierung von operativen Maßnahmen und einer gemeinsamen Lagebewertung einschließlich regelmäßiger Lagebilder.
- **Betroffene von rechter Gewalt besser schützen.** Rechte Gewalt trifft vor allem migrantische bzw. migrantisch gelesene sowie jüdische Communities. Wir unterstützen deshalb die Einrichtungen von **Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung antisemitischer und rassistischer Gewalt** in Berlin. Da es in den vergangenen Jahren vermehrt rechtsextremistische Übergriffe auf Geschäfte von Menschen mit Migrationsgeschichte gegeben hat, wollen wir auch **migrantisches Gewerbe unterstützen und vor Angriffen schützen**. Die Berliner SPD garantiert weiterhin den jüdischen und muslimischen Einrichtungen in Berlin den notwendigen Schutz. Bereits aufgelegte Programme zur Finanzierung bestimmter Sicherheitsvorkehrungen zum Beispiel an Moscheen und Synagogen führen wir fort.
- **Rechtsextremistische Fälle in Sicherheitsbehörden konsequent ahnden.** Rechtsextremist:innen in Berliner Sicherheitsbehörden werden wir konsequent aus dem Dienst entfernen. Wir bauen dabei auf externe Kontrolle und die Wachsamkeit innerhalb unserer Polizei. Deshalb haben wir ein **anonymes Hinweisgeber-System** aufgebaut und das Amt einer **Extremismusbeauftragten in der Berliner Polizei** geschaffen. Die neue Stelle der/des Polizeibeauftragten bietet erstmals Bürger:innen und Polizist:innen eine Ansprechstation außerhalb der Polizei. Wir werden diese Stelle evaluieren und bei Bedarf personell aufstocken. Eine Kultur des Generalverdachts gegenüber unseren Sicherheitskräften lehnen wir dennoch konsequent ab.

Islamistischer Terror und die Bedrohung durch religiös begründete Gewalt sind nicht zu unterschätzen. In dieser Legislaturperiode haben wir die Berliner Sicherheitslandschaft zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus neu aufgestellt und mit entsprechenden Strukturen und Strategien gestärkt:

- **Eine mehrdimensionale und behördenübergreifende Strategie.** Wir haben Berlin mit einem umfassenden und vorausschauenden **Anti-Terror-Plan** ausgestattet. Die vier Säulen des Plans: Schützen, Aufklären, Vorbeugen, Eindämmen – SAVE – spiegeln die wichtigsten Handlungsfelder einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung von islamistischer Radikalisierung und Terrorismus wider und verzahnen sie miteinander. Der Plan bündelt die nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz neu aufgesetzten Maßnahmen und zeigt Perspektiven für die zukünftige Terrorbekämpfung in Berlin auf.
- **Konsequentes Verbot dschihadistischer Vereinigungen.** Wir dulden keine Räume, in denen der Terror gepredigt und der sogenannte Islamische Staat glorifiziert wird. Indem wir konsequent gegen **dschihadistische und verfassungsfeindliche Moscheevereine und Organisationen** vorgehen, bekämpfen wir die Wurzeln des Terrors. Wir unterstützen deshalb die Verbote von Vereinen, auch Moscheevereinen, die unsere Demokratie und unser Grundgesetz ablehnen. Ein junges Beispiel hierfür ist das Verbot und die Auflösung von „Jama’atu Berlin“ im Februar dieses Jahres. Diesen konsequenten Kurs werden wir fortsetzen.

- Mit dem neuen **Berliner Anti-Terror-Zentrum** haben wir bereits einen wichtigen Schritt zur Bündelung mehrerer für Islamismus und Terrorismusbekämpfung zuständigen Abteilungen des Landeskriminalamtes (LKA) eingeleitet. Im Zentrum werden die Ermittlungen und die operativen Einsätze eng miteinander verzahnt werden.

Linksextremist:innen, die den Staat und die Demokratie bekämpfen, tritt die SPD entschlossen entgegen.

- **Linke Freiräume sind keine rechtsfreie Räume.** Angriffe auf Polizist:innen oder auch Privatpersonen werden wir nicht dulden. Die Berliner SPD ist nach wie vor entschlossen, den Rechtsstaat durchzusetzen und Eigentümer:innen sowie Nachbar:innen zu schützen. Mit der Räumung der Liebig34 haben wir deutlich gemacht, dass wir überall dort, wo deeskalierende Gesprächs- und Vermittlungsangebote ausgeschöpft werden, konsequent den Rechtsstaat durchsetzen werden. Das gilt auch für die Rigaer Straße.
- Linksextremistische Vereine und Organisationen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden und linksextremistische Gewalttaten sowie den Aufruhr gegen die Staatsgewalt propagieren, gehören ebenso verboten und aufgelöst. Auch die Beobachtung linksextremistischer Bewegungen wie „Ende Gelände“ durch den Berliner Verfassungsschutz halten wir nach wie vor für notwendig.
- Teile der bisherigen Konzepte zur Bekämpfung des Linksextremismus, wie etwa Aussteigerprogramme für gewaltbereite Linksextremist:innen, haben sich als unzeitgemäß und nicht zielführend erwiesen. Deshalb setzen wir uns für eine systematische Evaluation der bestehenden Programme, um **neue und nachhaltige Präventions- und Deradikalisierungsansätze gegen neue Dynamiken und Erscheinungsformen linksextremistischer Militanz** zu entwickeln.

4. Verfassungsschutz

a) Befürworten Sie eine Abschaffung des Verfassungsschutzes?

Nein. Die Berliner SPD steht an der Seite des Berliner Verfassungsschutzes und schätzt seine Arbeit als unabdingliche Säule der Berliner Sicherheitspolitik. Angesichts des erheblichen Anstiegs von politisch motivierten Gewalttaten, Verschwörungs- und Ungleichwertigkeitsideologien halten wir die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsschutzes nicht nur für realitätsfern, sondern auch sicherheitspolitisch für fahrlässig. Damit der Berliner Verfassungsschutz seine Rolle als demokratisches Frühwarnsystem auch weiterhin optimal erfüllen kann, haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, den Verfassungsschutz um 19 Stellen zu erweitern. Die Berliner SPD steht jedoch Reform- und Modernisierungsbestrebungen auch beim Verfassungsschutz grundsätzlich offen gegenüber.

b) Welche Maßnahmen zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen?

Der Verfassungsschutz in Berlin wird auf mehreren Ebenen durch verschiedenste Instanzen kontrolliert. Neben der Verwaltungskontrolle gibt es die parlamentarische, die gerichtliche und die öffentliche Kontrolle. Die Berliner SPD begleitet die Arbeit des Verfassungsschutzes in den entsprechenden Ausschüssen im Abgeordnetenhaus und sorgt dafür, dass die Behörde ihrer Rolle als demokratisches Frühwarnsystem gerecht wird. Unter Führung der SPD hat Berlin als erstes Bundesland die Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission-Rechtsextremismus (BLKR) sowie des 1. NSU-

Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages in aller Konsequenz umgesetzt. So haben wir in dieser Legislaturperiode den Berliner Verfassungsschutz neu aufgestellt und mit der „**Arbeitsgruppe Kontrolle Verfassungsschutz**“ (AKV) eine zusätzliche, dauerhafte und verwaltungsinterne Kontrolle sichergestellt. Die AKV ist direkt beim Innenstaatssekretär angebunden und wird mit den erforderlichen verwaltungsinternen Kompetenzen ausgestattet.

5. Videoüberwachung/Gesichtserkennung

a) Wo sehen Sie Defizite bei der Videoüberwachung?

Die empirische Sicherheitsforschung hat gezeigt, dass Videoüberwachung nur zielführend ist, wenn sie durch flankierende Maßnahmen wie Straßenbeleuchtung oder Polizeipräsenz vor Ort ergänzt wird. Darüber hinaus kann sich die Videoüberwachung negativ auf die Freiheitswahrnehmung der Bürger:innen auswirken. In diesem Sinne hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt, dass „die Freiheitswahrnehmung der Bürger“ durch die Summe der staatlichen Überwachungsmaßnahmen „nicht total erfasst und registriert werden“ darf. Für die Berliner SPD ist klar: Wir setzen Videoüberwachung nur temporär, anlassbezogen und mit strikter Zweckbindung ein. Eine flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung ist nicht zielführend und entspricht nicht einer grundrechtsfreundlichen Sicherheitspolitik. Die Wirkung der Videoüberwachung an den ausgewählten Standorten wird bewertet und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen.

b) Setzen Sie sich für ein Verbot der Anwendung von Gesichtserkennungs-Software im öffentlichen Raum ein? Bitte begründen Sie ihre Antwort.

Ja. Die Berliner SPD lehnt den Einsatz von Gesichtserkennung im öffentlichen Raum ab. Die Gesichtserkennung stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte der Berliner:innen dar. Darüber hinaus besteht bei der Erhebung und Speicherung dieser Daten ein erhebliches Missbrauchspotenzial.

c) Strafvollzug

Was sind ihre drei wichtigsten Vorhaben zur Verbesserung des Strafvollzugs und von Maßnahmen zur Resozialisierung?

Wir setzen auf einen modernen, sicheren und effektiven Strafvollzug, der konsequent und nachhaltig auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichtet ist:

- Wir wollen die bestehenden sozialen Dienste und Bewährungshilfen durch **Vollzugslots:innen** ergänzen, die Straftäter:innen bereits zu Beginn der Haft und des offenen Vollzuges begleiten und sozial unterstützen. Einen besonderen Schwerpunkt ist dabei die Verbesserung von **Resozialisierungsangeboten durch Ausbildung und Arbeit**.
- Für eine menschenwürdige Unterbringung streben wir weitere **Investitionen in die bauliche Substanz** des Strafvollzugs an.
- Jugendliche Straftäter:innen sollen in einem beschleunigten Verfahren schnell zur Verantwortung gezogen und resozialisiert werden. Wir werden die Zusammenarbeit von Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Gerichten, Jugendvollzugsanstalt, Schulen, Jobcentern und Jugendhilfeeinrichtungen täterorientiert organisieren und intensivieren, um jugendliche Straftäter:innen in ein straffreies Leben zu begleiten. Ein wichtiges Ziel ist der **Erwerb von Schul- und Berufsabschlüssen**, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

d) Obdachlosigkeit

Würden Sie, ausgehend von den Erfahrungen der Coronavirus-Pandemie, etwas am Housing-First-Programm des Senats verändern?

Die zweite Hälfte des Housing-First-Pilotprogramms war geprägt von den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Dabei hat sich das Konzept eines akuten niederschweligen Hilfesystems für Berliner:innen mit langjährigen komplexen Problemlagen sehr gut bewährt. Die SPD wird daher das Konzept „Housing First“ stärker fördern und mit dem Programm Betreutes Wohnen verzahnen. Gleichzeitig wollen wir die gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen auf Landesebene für das gesamte Stadtgebiet so schnell wie möglich umsetzen. Die beste Politik gegen Obdachlosigkeit bleibt eine soziale Wohnpolitik. Wir werden deshalb das geschützte Marktsegment im Wohnungsbereich ausweiten. Wir wollen außerdem erreichen, dass die Höhe der Übernahme von Miet- und Heizkosten in Notlagen durch Jobcenter und Grundsicherungsämter flexibler geregelt wird.

e) Freiwilliges Engagement

Im Dezember 2020 wurde die Berliner Engagementstrategie 2020-2025 mit hundert Handlungsempfehlungen beschlossen.

a) Wie wollen Sie die Berliner Engagementstrategie umsetzen?

Um das ehrenamtliche Engagement der Berliner:innen besser zu begleiten und evidenzbasiert zu fördern, haben wir am Ende 2020 die Berliner Engagement Strategie 2020-2025 vorgelegt. Die dabei entwickelten 100 Handlungsempfehlungen bilden einen Meilenstein für die Engagementförderung in Berlin. Für eine effektive, zügige und flächendeckende Umsetzung der 100 Handlungsempfehlungen wollen die Engagementinfrastruktur in den Bezirken untereinander und mit der Landesebene besser vernetzen und damit eine bezirks- und landesweite Umsetzung durch Engagementnetzwerken etablieren.

b) Welches sind die aus ihrer Sicht fünf wichtigsten Handlungsempfehlungen?

- 1) Qualifizierung und Beratung ausbauen.** Freiwilliges Engagement braucht professionelle Unterstützung. Besonders das soziale Netz an Stadtteil-, Familien- und Nachbarschaftszentren, Kontaktstellen PflegeEngagement, der Selbsthilfegruppen, Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen das Angebot in der Jugend- und Seniorenarbeit wollen wir weiter ausbauen und personell stärken. Auch setzen wir uns für gute Qualifizierungsmaßnahmen in Bereichen ein, in denen Aufgaben im öffentlichen Interesse übernommen werden, wie bei Schöffen, ehrenamtlichen Arbeits- und Sozialrichtern oder Prüfer:innen der Kammern.
- 2) Die vielfältige Würdigung freiwilligen Engagements ausbauen.** Die Würdigung des Ehrenamtes mit unterschiedlichen Angeboten und Instrumenten hat für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb halten wir an der Absprache zwischen Senat, BVG und S-Bahn fest, im Jahr rund 13.000 Einzelfahrscheine für einkommensschwache Menschen, zur Unterstützung ihres freiwilligen Engagements bereitzustellen. Bei Bedarf wollen wir die Anzahl erhöhen. Auch die Ehrenamtskarte wollen wir attraktiver gestalten und gemeinsam mit den Organisationen und Initiativen weiterentwickeln.
- 3) Digitale Infrastruktur fördern:** Die Chancen der Digitalisierung wollen wir auch für freiwillig Engagierte heben. Deshalb fördern wir die digitale Infrastruktur für das Ehrenamt mit Landes- und Bundesmitteln. Auch die Beteiligungsplattform des Landes „meinBerlin“ wollen wir weiter ausbauen.

- 4) Kinder und Jugendliche den Einstieg in freiwillige Engagement erleichtern.** Seit Anfang 2020 ist das Jugendförder- und Beteiligungsgesetz in Kraft, das die SPD auf den Weg gebracht hat. Berlin übernimmt damit eine bundesweite Vorreiterrolle und baut die Angebote für Kinder und Jugendliche stadtweit aus. Diese reichen von Jugendfreizeiteinrichtungen und Abenteuerspielplätzen über Festivals und Jugendreisen bis hin zu Kinder- und Jugendparlamenten, -beiräten sowie der Unterstützung der schulischen Gremien. Die Bezirke erhalten bis 2023 insgesamt 20 Millionen Euro mehr für die Jugendarbeit. Wir werden wir zudem das Freiwillige Soziale Jahr attraktiver gestalten und mehr Plätze schaffen.
- 5) Anerkennung im Bezirk voranbringen.** Wir wollen die Engagementinfrastruktur in den Bezirken untereinander und mit der Landesebene besser vernetzen und damit eine bezirks- und landesweite Förderung von Engagementnetzwerken verstetigen.

f) Demokratie und demokratische Verfahren

Oft wird von einem Vertrauensverlust in die Demokratie und demokratische Verfahren gesprochen. Teilen Sie diese Ansicht? Wenn ja: Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Die letzten Umfragen des Berliner Monitors von 2019 haben gezeigt, dass Demokratie und Mitbestimmung bei den Berliner:innen auf mehr Akzeptanz stoßen als anderswo in Deutschland. Immer mehr Berliner:innen engagieren sich in Bürgerinitiativen, Vereinen und Bewegungen und tragen zur Stärkung der Demokratiestadt Berlin bei. Die Bereitschaft der Berliner:innen zur politischen Mitgestaltung ist Ausdruck eines ausgeprägten Vertrauens in demokratische Strukturen. Dieses Vertrauen wollen wir ausbauen. Dabei stehen für uns folgende Maßnahmen im Vordergrund:

- **Möglichkeiten der politischen Partizipation ausweiten.** Dazu gehört die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre ebenso wie die Verbesserung der Bürger:innenbeteiligung. So wollen wir daran arbeiten, dass Online-Eintragungen für Volks- und Bürgerbegehren ermöglicht werden. Wir unterstützen die Bezirke bei der Einrichtung neuer Beteiligungsformate wie beispielsweise von Stadtteilkonferenzen. Damit alle Menschen an kommunalen Entscheidungen teilhaben können, werden wir uns im Bund und im Land dafür einsetzen, dass das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger:innen, die in Berlin wohnen, eingeführt wird und sie das aktive und passive Wahlrecht auf Kommunalebene erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Berliner:innen bei Volksentscheiden mitwirken können. Dies bezieht auch die Teilnahme an Bürgerentscheiden mit ein.
- **Das Zusammenspiel von direkter und repräsentativer Demokratie vorantreiben.** Direkte und repräsentative Demokratie sind wichtige Instrumente politischer Willensbildung. Wir wollen das Zusammenspiel von direkter und repräsentativer Demokratie weiter verbessern. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Als wichtiger Schritt zur Stärkung der direkten Demokratie haben wir in dieser Legislaturperiode das Berliner Abstimmungsgesetz novelliert. Das neue Abstimmungsgesetz vereinfacht die direktdemokratischen Verfahren – sowohl für die Initiator:innen als auch für die Behörden. Mit kürzeren Fristen, schnelleren Unterschriftenprüfungen und festen Terminen stärken wir weiter die Beteiligungsrechte der Bürger:innen.
- **Mehr Transparenz wagen.** Zur Stärkung von Demokratie gehört auch die weitere Erhöhung der Transparenz von politischen Entscheidungsprozessen. Analog zum Bundestag sollen deshalb auch auf den Internetseiten des Abgeordnetenhauses die Ergebnisse wichtiger, insbesondere namentlicher Abstimmungen transparent dargestellt werden.

- **Räume für Demokratieförderung im Kiez schaffen.** Um Vertrauen in die Demokratie zu stärken, muss Demokratieförderung strukturell überall auf Länder- und Bundesebene sowie im Kiez verankert werden. Wir fördern deshalb „Räume für Bildung und Demokratie“, die von Menschen aus der Nachbarschaft besucht und genutzt werden können. Diese Orte bieten Möglichkeiten zum (Weiter-)Lernen, zur Organisation gemeinsamer Aktivitäten und zur demokratischen Beteiligung. Im Fokus stehen dabei besonders Quartiere zwischen Stadtgrenze und S-Bahn-Ring.